

Benesch war tschechischer Ministerpräsident geworden, und außerdem war mit einem Male der Marquis Torretta in den Vordergrund getreten.

Es war klar. Das Hervortreten des Dr. Benesch hatte mit einem Male dem italienischen Minister des Neuen einen Sieg gebracht. Und das ist offenbar die Absicht der ungarischen Diplomatie gewesen, die Herrn Benesch und die Tschechen nur als Mittel zum Zweck benutzt hat. Der Vermittlungsbürtig Benesch hatte genug, den alten Argwohn Italiens, das mit der anderen kleinen Ententestadt Jugoslawien augenblicklich gerade seinen albanischen Konflikt hat, zu lichterloh Flammen anzubrennen. Italien fürchtet, daß Jugoslawien und die Tschechen den Westungarnstreit dazu benutzen wollen, um einander über den westungarischen „Korridor“ die Hand zu reichen. Die österreichische Machtlosigkeit des Herrn Benesch war daher Italien nicht ganz unverdächtig, und daher gab es für Marquis Torretta nur eine Lösung, Herrn Benesch aus der westungarischen Frage auszuschalten und sich selbst als Vermittler an die Stelle zu setzen. Diese Politik des italienischen Ministers des Neuen stand anscheinend diesmal auch die sofortige Unterstüzung Frankreichs, wie die erste Lancierung der italienischen Konferenzidee durch die Agence Havas beweist. Frankreich ist ja schon längst als der geheime Protektor Ungarns bekannt, und dieses Zusammenspiel Frankreichs und Italiens läßt allerdings für das arme Österreich in Venedig nicht viel Hoffnungen erhoffen. Es macht fast den Eindruck, als ob dort die Rivalität zwischen Italien und der kleinen Entente auf Österreichs Rücken ausgetragen werden soll.

Es ist daher begreiflich, daß Österreich nur mit sehr geringer Zuversicht nach Venedig geht. Uebertags scheint auch eine Zeitlang eine Entente-Großmacht selbst dieser Konferenz Mittrauern entgegengebracht zu haben. Denn unwiderrührbar ist die Meldung geblieben, daß eine Entente-Großmacht dem Bundeskanzler Schober empfohlen hatte, nicht nach Venedig zu gehen. Erst in den letzten Tagen kam die Meldung, daß England zu der Konferenz keine Zustimmung gegeben habe.

Sehr verschwunt über die Konferenz von Venedig ist natürlich die kleine Entente, erstens weil sie nicht geladen ist, und zweitens wegen der nicht gerade sehr schmeichelhaften Ausschaltung der Vermittlungsaktion des Herrn Benesch. Ihrem Zorn darüber macht die tschechische Presse durch Enthüllungen Lust, die auch in Deutschland ernste Beachtung verdienen. In einem Artikel „Italien und wir“ schreibt das dem Ministerpräsidenten Benesch nahestehende Prager Blatt Ceske Slovo: „Wir sind Mitglieder der kleinen Entente. Unsere Aspirationen bewegen sich im Rahmen der Vertheidigung des Friedens von Trianon. Wir fordern nicht mehr, und wir sind an nichts anderes gebunden. Es kann uns aber die Bildung einer neuen Entente nicht gleichgültig sein, auf die hin bisher offen und deutlich nur von gewissen wenigen verantwortlichen politischen Köpfen Italiens und teilweise auch Frankreichs gearbeitet wird. Es ist das Bemühen um eine italienisch-mährisch-österreichische Entente, das Bemühen um die Errichtung einer Donaumonarchie. Wir sind überzeugt, daß Italien eine Restauration der Habsburger nicht zulassen wird, aber wir sind auch davon überzeugt, daß zahlreiche italienische und französische Kreise wünschen, in Wien und Budapest eine Dynastie Wittelsbach zu machen.“

Sollte man in Prag etwas — läufen gehörft haben?

General Rollé Mitglied des Obersten Kriegsrates

General Rollé, der Führer der internationalen Kontrollkommission in Berlin, wurde zum Mitglied des Obersten Kriegsrats ernannt. Ein Rechen-Exempel

Die Aufstellung der Trillionen-Rubelberechnung, die in der gestrigen Abendausgabe veröffentlicht wurde, enthält einen Fehler. Eine Trillion ist nicht 1 Billion mal 1 Billion (10^{12}), sondern nur 1 Million mal 1 Billion (10^9). Der Unterschied ist natürlich riesenhaft und der Irrtum verhält sich zur Wahrheit wie eine Million zu eins! Dazu kommt noch, daß die Meldung von dem Umlauf der drei Trillionen Rubel aus französischer Quelle stammt. In den romanischen Ländern aber bedeutet eine Trillion nichts anderes, als was wir eine Billion nennen, also eine Million mal eine Million (10^{12}) oder 1000 Milliarden.

Die Dichtung in der Zeit

(Anmerkungen zur Geistigkeit der neuen Literatur.)

Von Hans Ratonek

II.*

Unter dem Griff der Zeit wurde ein Teil des Schriftstums — ein kultisch-primitiver Auslehung und Notwehr — politisch (politisch im weitesten Sinne von: menschlich, erwerbend, willend). Das ist das Gründliche, was man von geistigen Menschen erwarten durfte. Politische Dichtung, in die auch der Elias einzubeziehen ist (Lembauer, Eigner, Annette Kolb, Friedrich W. Förster und andere): das blieb zunächst die politische Maschine diskreditieren, zerstören und ihre unmöglichsten und verderblichsten Techniken vorzeigen. Unvergängliches Schau- und Beispiel, wie die Herzauseinanderhaltung der Annette Kolb in ihrem schmerzerreichten Tagebuch „Zarath“ nach dem Hebel der Maschine gräßt. Es gibt kein politisches Problem, das der pubblichen Mischung von Hergesinnung und Vernunft widerstehen könnte. Die Komplikationen der Realpolitik sind das Machwerk von einer paar hundert Nachköpfen und niedriggeklärten Individuen aller Nationen. Nur durch das Mängel jedens organisatorischen Ausbruchs und Zusammenfalls des Groß-Menschlichen, bei gleichzeitiger, immer festlicher Konsolidierung des Untermenschlichen mit seiner Beherrschung gewaltiger Maschinen, konnte beispielweise das Unglaubliche Wirklichkeit werden, daß die Völker einen Kriegsbeschuß nicht mit einem hellen Gesichter quittierten (und es sollte heute noch nicht tun müssen). Nicht das mindeste hat die politische Maschine vor einer Dynamomakine vorus, von deren Rollen nur Jeschätzige oder Verbrecher Menschen zerstampfen lassen. Man konnte mabschärflich vorsorgen oder anarchisch; man transformierte die vorhandenen Apparate der Politik oder machte tabula rasa. Beide Möglichkeiten finden sich in der neuen Literatur ausgeprägt oder zumindest eingedacht.

Die Grundlage der neuen politischen Dichtung, sei sie Menschheit, Elias oder Drama: das unabdingbare Prinzip des Menschen. Diese Formel war bereits vor dem Kriege da, nur allgemein, verschwommen, nicht auf das bestimmte Ziel der Politik gerichtet. Die Elüde waren hymnisch und auf das Ewigre gefügt. Da zwang die Zeit, sie ins Diesseitige zurück. Der Dichtergenossen ward eine Aufgabe, wie sie bisher nicht zu denken ist: die vorbereitete, allgemeine Gewaltigkeit, die vorhandene

Opferfest, Millionendenkmal und Tanz für Oppau

(Von unserem Münchner Mitarbeiter.)

Wieder die Zeit nach das entsetzliche Unglück von Oppau vermöchten die auf Sonten, Schreien und kindliches Gehabe eingestellte Stimmung des Münchner Oberbürgermeisters irgendwie zu beeinflussen. Noch sind die unendlichen und entwürdigenden Räusche dieses Festes verschoben, so steht München, dies gräßte Kind unter den Städten Europas, wieder einmal unter dem Zeichen eines großen, mit viel militärischen Sprüngen durchzehrten Festes: dem großen Trauer- und Opferfest am vergangenen Sonntag. Schon am Sonnabend eben wurden an den Häusern der Alstadt schwere Fahnen aufgehängt. Am Sonntag sah sich ein riesiger Zug, bestehend aus dem seldgrauen Altmühlberg, dem deutschen Offiziersbund mit allen sonstigen Offiziersvereinigungen, den zahlreichen Regimentervereinigungen und fast allen Münchner Studentenverbänden mit Richtung auf den zu sich großen Festen sehr gespannten Königsplatz in Bewegung. Hier war ein Feueraltar und ein Kaiserkalk errichtet, hier sahen Prinzen und Prinzessinnen, Staatsminister und hohe Beamte in Uniformen, hier lag man unter der Generalität auch Herrn Endendorff. Es galt den dreizehntausend gefallenen Münchnern eine Gedächtnisfeier zu bringen.

Kardinal Erzbischof von Faulhaber sprach die Hoffnung aus, daß die Feier nicht als eine militärische Aufführung werde, eine Hoffnung, die allerdings durch den Vorbeimarsch der Reichswehr vor den Prinzen Rupprecht und Leopold nach der Trauerfeier wohl etwas zu Schanden wurde. Der Erzbischof sprach aber auch das ernste Wort: „Ein Denkmal müßten wir bauen in der Seele des Volkes, ein Denkmal der Liebe. Die Toten haben das Recht, daß ihre Hinterbliebenen verjüngt werden. Um der Toten willen den Lebenden helfen, das heißt ich das Denkmal

In schreiendem Widerspruch zu diesen klugen Worten des Kirchenfürsten, steht nun aber die mit dem Opferfest verbundene Wohltat, die in den 150 Opferstühlen und 550 Sesselbänken und durch den Verkauf von 200 000 Festmedaillen und 50 000 Jagdfeiermedaillen eingegangenen Beträgen — — man lese und höre — — dazu zu verhören, ein reiches Kriegerdenkmal, dessen Baukosten etwa zwei Millionen Mark betrugen und für dessen Entwicklung 60 000 M an Preisen zur Verteilung kommen, herzustellen. Mit Recht scheint ein über diesen furchterlichen Gedanken Entfechter an eine Münchner Zeitung:

„Während heute in München unsere Armeesoldaten die bitterste Not leiden und im Elend dahinsiechen, will man uns einen Millionenstinkbanken zur Augen rufen, um das Elend für unsre Nachwelt zu verewigen.“

Der Denkmalskummel der württembergischen Epoche entsprach eben doch sehr dem Kulturstandpunkt eines großen Teiles unseres deutschen Bürgertums. Der tiefe Pegel des sozialen Geschichtspunktes erscheint hier ebenso wie der Tiefland städtischer Kulturfassung bei allen möglichen anderen Gelegentheiten. Das Tollste in dieser Hinsicht ist wohl die Tatjache, daß man in Baden-Baden die Opfer von Oppau langt. Man läßt sich in der großen Not Deutschlands spottenden, eleganten Anzügen und Damenkronen den Luxus leichterer oder größerer erotischer Anregungen, um dann mit eleganter Gestle wohltätig heilender Geld den gerechten Opfern einer unerhörten Katastrophe überwerfen zu lassen. Man tanzt ja auch früher für die Armen, man dekolletiert sich in geradezu widerwärtigem Erstaunen für Kräppel und Lahme, man läuft für Blinde, das heißt, man zahlt für alle diese Vergnügungen bereitwillig eine Steuer, aber man hätte die ebenen, in ihrer armeligen Not unappetitlichen Menschenbrüder, für die man heuchlerisch „Opfer“ leistete, nicht einmal mit der Feuerzange angerührt. Da hätte man sich ja seine Glockenhandschuhe beschaut.

Und auf diesem jämmerlichen Standpunkt einer grimassenenden Rücksicht stehen wir, wie das Beispiel von Baden-Baden zeigt, auch heute noch. Gibt es wirklich keine Schöpfe, die das Langer für Oppau, das die ergreifende gemeinsame Hilfe der Nation geradezu fordnet, wo immer es auch in Deutschland noch bedrohtigt ist, zu verbieten?

Und der Zusammenhang zwischen München und Baden-Baden? Er

liegt nicht offen zutage und doch ist seine Existenz von schwerwiegender soziopsychologischer Bedeutung. Der neue Geist in Deutschland soll ein wahrer Menschenseele sein, ein Geist, der vorbereitend die Wege zu wahren vergessen hat. Klarheit im Erkennen des Problems und Weisheit in der persönlichen Empfindung sind die beiden Grundbedingungen, um diesen Weg zu finden. An der Klarheit der Erkenntnis mangelt es in München. Hier will man der furchtbaren Menschenopfer des Weltkrieges gebenden, die mehr als zur Hälfte eben jenen Beschwörungsketten angehören, die man durch die Form der Gedächtnisfeier verlegt. Man forcht davon, den lebendig gebliebenen, unglückseligen Opfern des Krieges Hilfe zu spenden, und verwendet die Gelder für ein totes Bau-

werk, das die Toten nicht lebendig macht und die Lebendigen nicht daran hindert, in bitterem Elend zu sterben.

Und in Baden-Baden? Wahr volle Klarheit darüber, daß die Welt nur für das eigene Vergnügen da ist, aber die Unwahrheit in der Empfindung, daß ein Bräutigam vom Elch des Reichs soziale Hilfe bedeute. Solche Bräutigame sind logisches Verbrechen, sie vergiften das Herz des Empfängers und sind unfehlbar in höchstem Grade. Man kann nur hoffen, daß das Komitee, das die Geldspenden für Oppau verwaltet, diese Gabe zurückweist. Davon mögen neue Tanzlokale gebaut werden.

Waffenlager in Ostpreußen?

Königsberg, 11. Oktober.

Die Königsberger Volksszeitung brachte in einem Redaktionellen Mitteilungen über die Entwicklung Ostpreußens, wonach von privaten Organisationen trotz den behördlichen Anordnungen Waffenlager in der Provinz unterhalten würden.

Vom Oberpräsidium ist sofort Veranlassung genommen worden, eine Untersuchung aus Grund der gegebenen Anschuldigungen einzuleiten. Die Schriftleitung des genannten Blattes und die Leitung des SPD-Ostpreußen wurden aufgefordert, dem Oberpräsidium alles Material zur Verfügung zu stellen, um auf Grund desselben die Untersuchung mit aller Unparteilichkeit unter Wahrung der berechtigten Interessen der gesamten Bevölkerung Ostpreußens führen zu können.

Verhaftung von 31 ehemaligen Offizieren?

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 12. Oktober.

Einer havasbedeckte aus Genf zu folge hat das dort erscheinende Blatt Handelsblatt gestern abend aus Deutschland die Nachricht erhalten, daß die militärische Sicherheitspolizei der Entente in Kreisfeld 31 Offiziere der alten deutschen Armee in dem Augenblick verhaftet habe, wo diese in einem Hotel der Stadt zu einer geheimen Sitzung zusammengetreten wütten. Unter den verhafteten Offizieren, die alle Mitglieder des Falckensteiner Vereins (?) seien, befinden sich auch der General von Werrel, der seinen Wohnsitz in Koblenz habe, und ein General der Reichswehr. Alle Verhafteten seien dem Militärgerichtsamt zugeführt worden. Infolge der Verhaftungen seien auch verschiedene Haushaltungen vorgenommen worden, die zur Entdeckung von Dokumenten von höchstem Interesse über eine „Organisation der Revanche“ im Rheinland geführt haben.

Die militärischen Sanktionen

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 12. Oktober.

Der Temps erläutert aus neuer, die Aushebung der militärischen Sanktionen hängt nur von Deutschland ab. Sobald Frankreich feststellt habe, daß Deutschland die noch unerlässlichen Übungsbefestigungen ausführlich habe, werde es selbst die Aushebung der militärischen Sanktionen beantragen. Die Lage in Deutschland mache es eben Frankreich zur Pflicht, äußerst vorsichtig zu sein.

Der polizeiliche Alkohol-Schmuggel in Nordamerika

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 12. Oktober.

Die Chicago Tribune meldet aus Chicago: Da alle bisherigen Versuche des Bürgermeisters Hammann zur Reinigung des Chicagoer Polizeibüros eingeschlosen geblieben sind, hat er nunmehr die Hilfe der Bundesregierung angerufen. Die von dem höchsten Gericht eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die Prohibitionsgesetz leichtfertig durch Automobile und andere Verkehrsmittel von Mitgliedern des Chicagoer Polizeipatruges umgangen werden. Die gewöhnliche Art des „polizeilichen“ Vorbehens bestand darin, Whisky und andere alkoholische Getränke zu beschlagnahmen, sie dann zu verkaufen, von neuem zu beschlagnahmen und von neuem zu verkaufen, bis sie schließlich in die Hände des leichten und eignlichen „geheimen Verdauers“ gelangten.

Kraft der Expression, die Kraftspannung ekstatischer Auslehnung an einer besondern Gegebenheit zu bewahren, dem Wort jene Kraft zu geben, die den Sprecher verpflichtet.

Gegen das Trommelfeuers einer den Boden aufwühlenden Zeitdichtung wäre nicht einzuhören; doch nah, leider ermüdet die Dichter auch rascher als das Publikum. Das niedrige ethische Ergebnis an der Variatio verdunkelt die hohe Aufgabe. Die Dichter schrachten für ihre Kunst. Es gehört allerdings Weisheit dazu, die Fähigkeit des Woctes nur einer großen Aufgabe zu weihen. Seufzend entziehen viele in ein zeitloses Reich und überlassen diese Welt den Politikern. So kennt sich ja auch die hässliche Annette Kolb, stöhnend unter dem Druck ihres eigenen Pathos, von ihrer hörlichen Aufgabe. Die politische Dichtung hält sich zu früh abzudanken. Die Welt, die unveränderlichen Geistet immer noch in Wachen steht, braucht die militante Dichtung und Physiologie.

*

Das Drama stellt das größte Kontingenat der Zeitdichtung; an sich erfreulich, denn die Wirkung hätte hier die breiteste und intensivste Möglichkeit. Leider stehen die meisten deutschen Dramatiker unter dem gedanklosen Dogma einer fatalen, verwässerten Unparteilichkeit und Objektivität. Der Mut zur Tendenz ist immer noch da, was die Vorsicht mancher deutschen Dramatiker nicht aufdringt. Aufzetteln, die Gewissen aufzuwecken, klare Entscheidungen fällen, das Vertrakte noch verruhren, das Wahrhendswerke noch wahrhendswerke darstellen, Ziele erkennen lassen, das ist tot. Stattdessen tragen die Schriftsteller die Relativierung auch in das Drama. Über sie hiller die Absicht in deutscher Klefsum. Nur tendenziell, um jeden Preis, auch um den Preis der Wirkungslosigkeit.

Die wirklich starke Dichtung steht außerhalb des Dilemmas Tendenz oder Tendenzlosigkeit. Wenn dies ist das Wunder des großen Geschaffens, daß sie auf jeden Fall Tendenz hat, ob sie in ein Achselstück oder in einen erweckenden Aufzetteln. Mit einem wunderbaren und einzigenlichen Achselstück, doch Güte, unverbrüchliche Ein- und Zweifel verflümmeln, wendet sich Richard Dehmel in seinem Vermächtnis „Die Götterfamilie“ von der Welt. Er hat die Welt in die Ewigkeit, die Politik in den Kosmos, den kleinen Menschen in einen Götterkreis hinaufgehoben, und seine heitere Entrücktheit darf das in der Totalität geschaute iridische Web mit einem „Hui!“ in die hinterbunte Zeit-Ewigkeit einziehen.

Der quälendste Stoff, die Politik, in ein Götterspiel der menschlichen

Mikrokosmen aufgelöst; — hier hofft still. Ist diese Auflösung nicht die stöhnend gesuchte Erlösung? Ist das nicht „Weltspiel, das herrsche, mischt Schein und Sein“? (Richelieu) Dehmels kosmischer Rundgesang: „Lust oder Leid, hat alles seine Zeit; wir spielen mit der hinterbunten Zwieschell-Hell!“ Hier wird der Begriff Erlösung zunichte. Nur der Schwache und Zwecklose braucht sie. Der Stark-Gläubige braucht sie nicht; denn er ist mit dem Götzen. In dem Chor der Aenderer, Reformer und Paradieseinhülligen darf diese Stimme, die das Weltbad, das närrisch-herrische, noch beleuchtet, nicht überhört werden.

Wir stehen hier an einer geistigen Wasserscheide. Als Reaktion auf Niediges Machtmissbrauch und mehr noch auf seine flachen, elenden Ausdeuter in der Praxis entlädt sich die Machtfeldschaft der neuen Literatur. Man holt die Macht; sie gerät stets in die falschen Hände, und selbst wenn sie einmal glücklich in die richtigen Hände gerät, verwirkt und gefährdet sie den, der sie besitzt. Alle Macht den Götzen, — befiegt die aktiellste Formel viel mehr als die anarchische: fort mit aller Macht! Die wahrhaft Götzen wollen keine Macht und rüben sie nicht. Sternheims Hohn über die Erfolglosigkeit der Karrierenjäger, Heinrich Manns Pathos und Satire gegen die Brutalität der Empor geholmten, Annette Kolbs ringendes Bemühen, die Objekte der Macht, welche die Objekte des Streites sind, zu zerdenken und zu zerfließen, alle aktiellste Weltänderung durch die Umlagerung der Macht (mit der quälendsten Paradieseinfahrt ließnerkt) alles Hinneigen zum Destrukt, zur Demut, zur Selbstvernichtung, zur Synthese des Auseinanderklaffenden, alle Verchwüfung des nackten, neuen, vorasschlagslosen Menschen, Rubins „Gewaltlose“ —: einzige Revolution, wenn die Gewaltlosen ihre Macht freiwillig von sich werfen und hinüberzogen; sie alle verbindet der gleiche Haß gegen die Macht, ob sie Maschine, Geld, Waffe, Politik, Staat oder „Ich“ heißt. Das verborgene geistliche Motiv dieser Machtfeldschaft ist Weltmäßigkeit und Ruhefriede. Jüngst, daß im Wirklichen ein göttlicher Sinn sei, Weltänderung will den Sinn bereits im Ichlichen verwirklichen, das Machtprinzip der Welt brechen, das herrisch-närrische Weltspiel mit platonischer Idee und sokratischer Vernunft zähmen. Das dauerste Ziel ist das Paradies, wo der Löwe sich dem Lammm zu füßen legt.

Diesen Machtfeldsind gegenüber ist die Gruppe derer klein, die nichts ändern wollen, sondern am Getümme, wie es ist, hinzugehen als positiv. Sie haben ihre Freude, haben Freude am brutalen Weltspiel, liebt in Dehmels „Götterfamilie“. Kein Aenderungstreben prechtet hier die Harmonie der Gewissheit, des Einverständnisses mit dem All, die wohl aus einem — wenn auch heidisch-närrigen — Glaubendenzrum gespielt wird.

*) Siehe auch Sonntagsblätter Nr. 494.

Bericht des Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Götz

Oberschlesien und Regierungskrise

In einem Vortrag den Geheimrat Prof. Dr. Götz am Dienstag pend in einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei über die Reichspolitik hielt, kam er bei der Behandlung der oberschlesischen Frage auf die englisch-französischen Beziehungen zu sprechen, die eine Lösung so schwierig gestaltet. Das ganze Problem sei nicht mehr eine deutsche oder polnische Angelegenheit, sondern das Ringen zwischen Frankreich und England um die Vormachtposition in Europa. Oberschlesien sei die leichte Belagerung für Frankreich, seine Teilungspolitik gegenüber Deutschland fortzuführen und Deutschland territorial zu schwächen. Für Deutschland bedeutet die Entscheidung über Oberschlesien jedoch, ob wir häufig überhaupt noch in der Lage seien würden, auf dem Wege der Verständigungspolitik fortzuschreiten, den Dr. Wirth anerkanntermaßen eingeschlagen habe. Wie ernst man in Berlin die Lage ansieht, beweise die Tatsache, daß sich das Reichsministerium bereits mit der Möglichkeit eines Rücktritts beschäftigt habe. Indessen müsse ein Regierungsschsel, wie er nach einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien in Erwägung gezogen werde, unbedingt vermieden werden, da hierdurch die Fortentwicklung des Deutschen Reiches in Frage gestellt würde. Nach einem Rücktritt Dr. Wirths gebe es nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Rechts- oder eine Linkspolitierung. Das eine sei aber so übel wie das andere, denn dem Potsdamer mit neuen Unruhen und neuer Not stände eine Rechtsregierung gegenüber, die uns ihrerseits von neuem den Haß der Welt mit einer vollkommenen Isolation und einem neuen, verhängten Frieden einbringen würde. Deshalb müsse nicht nur das Kabinett Dr. Wirth gefügt werden, sondern es müsse darüber hinaus die bereits angebaute Verbreiterung der Regierungskoalition verwirklicht werden. An dem Steuerproblem dürfe diese erweiterte Koalition nicht scheitern, die nach ihrem Zusamminkommen ein für alle Fälle Pflichtschluß von rechts und links zunehmen und somit die Republik fest verankern würde. Doch auch das feindliche Ausland auf diese kommende Koalition vertraut, beweise der Abschluß des Westbahnen Abkommen. Es sei zwar noch nicht zu übersehen, ob dieses zu unserem Vorteil oder Nachteil werden würde, aber die eine Tatsache steht fest, nämlich, daß es das erste Vertragsschluß sei, bei dem wir nicht besiegt, sondern Partner gewesen seien. Und das sei auf jedem Fall ein Fortschritt.

Die jüngste Rede Brants bezeichnete Geheimrat Götz nicht als eine Schwenkung der französischen Politik, sondern als die Fortsetzung seiner und Londons Politik, die darauf abzielt, die Partei Chauvinisten abzuwerben und der Notwendigkeit einer französischen Verständigungspolitik zu überzeugen, indem er sie daran gewöhne, daß zu neuen Bedürfnissen Deutschlands auch gewisse Konzessionen gehörten. Ob es Brant gelingen werde, Frankreich auf den Weg einer anständigen Verständigungspolitik zu bringen, sei allerdings zweifelhaft. Deshalb aber dürfe Deutschland nicht von dem Weg einer Verständigungspolitik abweichen, und deshalb sei es auch notwendig, daß Dr. Wirth, der in seiner Person diese Politik verkörperte, auf seinem Posten bleibe, selbst wenn die oberschlesische Frage doch noch in einem für Deutschland ungünstigen Sinne gedeckt werden sollte.

Gemeinschafts- oder Bekennnisschule?

Im preußischen Landtag wird zurzeit der Entwurf des Reichsschulgesetzes betr. Bekennnis- und Weltanschauungsunterricht, der durch die Unabhängigen haben zu einer Anfrage der Demokraten den Antrag auf Wegfall des Religionsunterrichts eingereicht, die Deutschnationalen fordern die Unterstützung der Privatschulen.

Der demokratische Abg. Kämpf belohnte dabei: Ein Reichsschulgesetz wollen auch wir, damit wir in der Landesschulgesetzgebung weiterkommen. Wir müssen aber die Verfassungsbefreiungen beachten. Der jetzige Entwurf verdeckt die Sachlage, er setzt die Gemeinschaftsschule zugunsten der Bekennnisschule zurück. Die Herrschaftsgesellschaft hierherholen Macht drängen nach Ausdehnung. Uns steht die sozialistische Erziehung und die Erziehung zum Bewußtsein der nationalen Bürgerlichkeit an erster Stelle unserer Aufgaben. Wenn der Staatssekretär Schulz der Macht der Idee der weltlichen Schule vertraut, so ist er offenbar auf einem Abweg, denn über 90 Prozent aller Lehrer haben sich für die Verbeibaltung des Religionsunterrichts ausgesprochen und nur drei Prozent aller Kinder sind von ihm befreit. Die Herren vom Zentrum proklamieren, daß das Elternrecht über das Sozialrecht geht. (Lob. Zustimmung im Zentrum.) Auch wir wollen eine fiktive Erziehung durch die Schule und wollen deshalb auch den Religionsunterricht in der Schule, denn die Schule soll alle Anlagen

entwickeln, auch die religiösen. Über Religion ist nicht Konfession. (Gesetzrechts.) Wir lehnen diesen Reichsschulgesetz ab, wie verlangen die lokale Ausführung des Verfassungsartikels 140. Dieser Reichs-

entwurf kann nicht zur Aufrichtung einer deutschen Volksgemeinschaft dienen, wie sie uns als politische Notwendigkeit am höchsten steht. Wir wollen die nationale Einheit und eine interkonfessionelle Volksschule.

Die Frage der Immunität der Gemeindetreter

(Vorbericht unserer Dresdner Schriftsteller)

Dresden, 12. Oktober.

Der deutschnationale Reichsabgeordnete Wagner äußerte sich über die Frage der Immunität der Gemeindetreter folgendermaßen: Die Bestimmung in dem Vorentwurf über die Gemeindeverfassung, wonach Gemeindetreter wegen Anerkennungen in Ausübung ihres Amtes strafrechtlich nicht verfolgt sein sollen, ist mit dem Reichsrecht nicht vereinbar und würde ungültig sein. Strafrecht und Strafprozeßrecht sind ausdrücklich Sache der Reichsgerichts- und der Landesgerichtsgebund. Ein solches Eingreifen in die Landesgerichtsgebundung ist ausdrücklich zulässig. Hinsichtlich der Immunität ist eine solche Möglichkeit nur in § 1, Ziffer 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung gegeben, aber nur für die gesetzgebenden Versammlungen der Gewerkschaften, zu denen die Gemeindetreterungen nicht gehören. Diese klaren Rechtszustand hat auch die damals rein sozialdemokratische sächsische Regierung am 11. März 1919 in der Volkskammer bei der Beratung des Antrages Bühlung wegen Umgestaltung der Verwaltung der Gemeinden selbst anerkannt (Stenographischer Bericht, S. 367). Die Frage ist ohne weiteres in vernünftigen Sinne erledigt. Wenn eine Bekleidung im Vorentwurf überhaupt erachtet konnte, so liegt das offenbar nur daran, daß an diesem Entwurf kein Jurist mitgearbeitet hat.

Der Minister des Innern Lipinski, übergibt der Presse Ausführungen zum Gemeindeverfassungsentwurf, in denen er zuerst darauf hinweist, daß der sächsische Gemeindeturm auf seiner Chemnitzer Tagung den Vorentwurf einer Gemeindereform als eine geeignete Grundlage für einen Gesetzentwurf erklärt und die Dringlichkeit der Gemeindereform anerkannt habe. Der Beschluss sei mit großer Mehrheit gefasst, und er bedeute eine moralische Stützung der Regierung. Dann befähigt er sich mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung der Reform erörtert. Die Denkschrift ging der Volkskammer zu, und diese sollte aus dem Material Richtlinien herausarbeiten, die der Regierung für eine Gesetzesvorlage als Unterlagen dienen sollten. Es kam nicht dazu. Die Volkskammer hat zwar die Denkschrift beraten, mußte aber nicht allzuviel mit ihr anfangen und ließ sie schließlich liegen, bis der Tod eintrat. Der Volkskammer hat begrüßt. Dann kam im Dezember 1920 der Volkskammer die Regierung, und sie mit der Entwicklung der Gemeindeverfassung, und er führt aus, daß die Regierung auf dem Wege der Enquete die Meinung der Gemeinden und Behörden über die Gemeindereform zu erheben sucht. Er schreibt:

Fragebogen gingen in das Land und kommen an das Ministerium zurück, und in einer umfangreichen Denkschrift wurden das Für und Wider, der Umfang und die Bedeutung

Ratsbeschlüsse

Der Rat hält am 13. November als Wahltermin fest.

Der Haushaltplan für den Palmengarten auf die Zeit vom 27. Juli 1921 bis zum 31. März 1922 wurde unter Bewilligung eines Zuschlusses von 431 100,- M zu Lasten des Kontos 42 des Haushalts für 1921/22 genehmigt.

Das Rechnungsjahr 1920/21 für die bürgerliche Gemeinde und Schulgemeinde schließt mit einem Fehlbetrag von 39 745 809,81 M ab. Außerdem liegt noch bei der Straßenbahn für das gleiche Rechnungsjahr ein Fehlbetrag in Höhe von 12 590 456,26 M vor. Zur Deckung des Fehlbetrages von 39 745 809,81 M soll der Anspruch der Stadtgemeinde an das Reich für den Ausfall der Zulasssteuer vom Mindesteinkommen als noch zu erwartende Einnahme mit 25 Millionen Mark zu überrechnet werden. Weiter ist der Nebentrag der südlichen Gewerbeschweier von 1920/21 in Höhe von 5 Millionen Mark diesem Rechnungsjahr zu überweisen und aus der Steuerausgleichsschuld der bürgerlichen Gemeinde und der Schulgemeinde ein Betrag von 3 Mill. Mark zu entnehmen. Der dann noch verbleibende Restbetrag von 6 745 809,81 M soll auf neue Rechnung vorgezogen werden.

Die Anstiegsbestimmungen zum Ortsgehalt über die Stadtwiedereinwohnungen wurden genehmigt und am Wahltermin, dem 13. November 1921, festgehalten.

Die Vorschläge der Intendanz über die Infolge der Steigerung aller Ausgaben und Auswendungen vom 1. November d. J. ob nötig werdende Erhöhung der Theaterpreise wurden genehmigt.

Der 28. Nachtrag zur Steueraufstellung, Vergnügungssteuer bet., durch welchen die bisherigen Leipziger Bestimmungen mit den vom Reich erlassenen Vorschriften in Einklang gebracht werden, wurde genehmigt. Da nach den Bestimmungen des Reichsrats künftig ein großer Kreis bisher steuerpflichtiger Veranstaltungen steuerfrei zu lassen ist, ferner in Zukunft künstlerisch hochstehende Veranstaltungen nur mit 10 Prozent des Bruttovertrags herangezogen werden dürfen und die Mindeststeuersätze nach den Reichsratsvorschriften zum Teil hinter den jüngsten Leipziger Sätzen zurückbleiben, bedurfte es zur Deckung der sonst entstehenden Fehlbeträge einer Umarbeitung und des weiteren Ausbaues der Leipziger Bestimmungen, soweit dies innerhalb der Normen der Reichsratsbestimmungen möglich und zulässig war.

Die Erhöhung des Grubentäumungstarifs um 23,- M pro Kubikmeter mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ist wurde genehmigt.

Öffnerseitung: Von einem Bericht über das Ergebnis der auf Veranlassung der englischen Menschenrechtsliga Miss Hobhouse veranstalteten Kinderseitungsparty wurde Kenntnis genommen. Miss Hobhouse hat durch ihre unermüdliche Tätigkeit im Dienste der Nächstenliebe es erreicht, daß vom Januar 1920 bis Mitte Juli 1921 insgesamt 3 444 929 Portionen warmes Mittagessen an Schulkinder verteilt werden konnten; außerdem kamen noch Milchdränchen und belegte Brötchen unter einem großen Kreise von Kindern zur Verteilung. Der Erfolg war außerordentlich erfreulich. Bereits Ende des Sommers 1920 war trotz der Sommerhitze bei 68 Prozent der Knaben und 75 Prozent der Mädchen eine Gewichtszunahme von durchschnittlich 1 Kilogramm für das Kind festzustellen. Gegenwärtig erhalten die Kinder kein Mittagessen mehr, sondern ein Milch- oder Schokoladenstück mit Brötchen. Bis jetzt hat Miss Hobhouse rund 12 375 000 M ihrem Liebeswerk zugeführt. Die großzügige Durchführung dieses von der Dunkerspeisung durchaus unabhängigen Unternehmens war nur möglich, weil Miss Hobhouse in Leipzig die tätige Unterstützung und bereitwillige Mitarbeit seitens ihrer Bürger zuteil werden. Ramentlich Frau Mansfeld hat mit ihren reichen Erfahrungen aus der Zeit der Kriegssüchtern hierbei die wertvolleste Mitarbeit geleistet; ihren Beihilfungen ist es besonders zu danken, daß viele Damen ihre Zeit fast unentbehrlich der Kinderseitungsparty gespendet haben. Es wurde beschlossen, den Stadtvorstand hierzu Mittellung zu machen.

Zerner wurde zugestimmt einer vom Personalausschuß angearbeiteten Sparpflage, enthaltend eine Aufstellung über den gesamten südlichen Personalbestand und Vorschläge über Maßnahmen zu dessen Verminderung sowie in Verbindung damit der Bewilligung eines Bezeichnungsgeldes von 10 000 M zu Lasten von Konto 42, best. Ansatzförderlich, zur Gewährung von Belohnungen an Beamte und Angestellte für Geschäftsviereinsforschungsvorschläge. Zustimmung der Stadtvorstände hierzu ist einzuhören.

Beschlossen wurde ferner die Erhöhung von Konto 151 "Stadtbibliothek". Auf 4 ordentlich "Vermeidung der Bücherbestände" von 21 500 M um 38 500 M auf 60 000 M, und die Bewilligung von Baukostenzuschüssen für die Wohnhausanlagen der Eisenbahnbauingenossenschaft in L-Kleinshocher und am Windmühlenweg. Zustimmung der Stadtvorstände hierzu ist einzuhören.

Endlich wurde beschlossen, das Grabpflegevermächtnis der Eltern des verstorbenen Kommerzienrats Steigerwald in Höhe von 10 000 M sowie die Grabpflegeabteilung der Frau Friederike verm. Lohmann in Höhe von 6000 M anzunehmen. Den Stadtvorstand ist Mitteilung zu machen.

Steuerzählungen: Das steuerzählende Publikum überblickt vielfach die schon seit Jahren bestehende Vorschrift, daß Bargeldungen von Steuern, die vom Stadtvorstand einzuhören sind, nur unmittelbar an dessen Kassenstelle, die sich Reichsbaustr. 3 und Kronenstraße 8, sowie bei den Vorortsscheiben befinden, geleistet werden dürfen, und daß zur Gültigkeit der Steuerquittungen immer die Unterschrift des Rechnungsführers und die des Buchführers erforderlich sind. Wer Steuerzählungen an Personen leistet, die zur Empfangnahme und Quittungsfeststellung nicht berechtigt sind, tut dies auf eigene Gefahr. Bei Zahlungen an den Vollzugsbeamten benötigt zur Gültigkeit der Quittung bessere alleinige Unterschrift.

Abschafft. Ein etwa 70-jähriger Dachdecker war bei Ablösung eines geschrühten Betriebs von einem hohen Dache der Matthäuskirche so unpraktisch auf ein etwa 10 Meter hohes Dach abgestürzt, daß der Bauernmärkte durch die Feuerwehr mit einer mechanischen Leiter nur noch als Leiche herabgeholt werden konnte.

Der Allgemeine Deutsche Buchhandlungsbund - Verband, Fachgruppe Buchhandel im D. H. V., eröffnete seine Vorfrachtenfeierlichkeiten mit einem literarischen Abend, gewidmet Heinrich v. Kleist. Im trefflichen Weise gelang es Herrn Dr. phil. Böhme, dem Menschen, Dichter und insbesondere dem Dramatiker v. Kleist den Jubiläum vorzuführen. Ein weiterer Vortrag findet am 23. d. M. über "Unsere Mutter spricht" statt. Eintrittskarten zu 3 M erhältlich in der Geschäftsstelle des obigen Verbandes, Gerichtsstr. 26.

Leipziger Puppenstücke: Mit der neuen Woche ist ein neues Stück auf dem Spielplan erschienen, genannt "Der Fleder von Burg". Das Stück spielt in der Umgebung von Dresden bei Potschappel-Hainsberg-Burg und hat in geschickter Weise die "Wunderburg" in sich verdeckt. Dem Stück ist eine prächtige Ausstattung gegeben, und die Comödie Wanzl erfreut reichlich bei ihrem Spiel. Besonders reizend

wirkt das Ballett der beiden Gnomen im Windberg. Es sind einige Stunden reinen, volkstümlichen Vergnügens und reiner Erholung, die in den Puppenpielen geboten werden. Erwähnt sei, daß die hinteren Säle des Theaters erhöht worden sind, so daß man von allen Stellen aus das Spiel gut sehen kann. Das Ortswein-Orchester erfreut durch einige Meisterstücke.

Aus der Deutschen Demokratischen Partei, Stadtverordneter Wilhelm Meyer spricht Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, in einer Versammlung des 3. Bezirks (Möckern, Wahren, Lindenwald) im "Weihen-Talchen", Möckern, Gustav-Ruhn-Straße 2, über das Thema: "Die Arbeiten des Stadtparlaments". Gäste willkommen.

Neuer Stenographen-Verein Gabelsberger Leipzig-Connewitz: Der aufstrebende Verein zieht am vergangenen Sonnabend in dem Eisernen Keller sein zweites Stiftungsfest. In seiner Festrede kommt der Vorsteher, Lehrer Bergmann, hervorheben, daß wieder einige Mitglieder des Vereins sich bei Wettkämpfen Preise geholt hatten, darunter sogar Ehrenpreise für beste Arbeiten in den Klassen. Bei dem letzten Preiswettbewerb, an dem alle Mitglieder des Vereins teilnahmen, waren nicht weniger als ein Drittel der Mitglieder beteiligt, gewiß ein recht erfreuliches Zeichen für die im Verein geleistete Arbeit. Dazu neben ernster Arbeit jedoch auch die Unterhaltung nicht vergessen wird, davon zeugt die Bildung eines Vereinsorchesters, das unter Leitung von Herrn Bergmanns Leitung gut treffen und so den ersten Teil des Programms ausführen konnte. Um ein Theaterstück machen sich die Mitglieder Bergmann, Duschmann und die Damen Capelle, Wetten, Schumann und Jech verdient. Man verstand, den rechtlichen Lustspielen zu treffen.

Die Ausübung des Krankenpflegerberufs: Auf der Verbandsversammlung Deutscher Krankenpflegeanstalten vom Roten Kreuz in Karlsruhe wurde mitgeleistet, daß ein Reichsgelehrtenwurf in Aussicht begriffen ist, wonach die Ausübung der Krankenpflege durch alle Personen, die keine Prüfung abgelegt haben, unter Strafe gestellt wird.

Verhaftete Falschmünzer

In Weihenfels wurde von Weihenfeller und Leipziger Polizeibeamten der Molkeriebäcker C. und der Molchaffeefabrikant W. verhaftet. In ihren Geschäftsräumen wurden Mischmasch und Platten zum Druck von falschen 100-Mark-Scheinen beschlagnahmt. Weitere Verhaftungen sollen namentlich auch in Leipzig bevorstehen.

Wir erhoffen dazu noch folgendes: Seit einiger Zeit schon hatte die Polizei Verdacht geschöpft, daß die beiden angefeindeten Weihenfelser Einwohner Falschmünzerei betrieben, doch blieben die Beobachtungen und Nachforschungen zunächst erfolglos. Erst jetzt gelang es, die Falschmünzerwerbstätte zu entdecken. Man kann bei einer Durchsuchung wohl Maschinen und Platten, die zur Herstellung von falschen 100-Mark-Scheinen dienen sollten. Ob tatsächlich schon Falschmünze hergestellt worden sind, ließ sich bis jetzt nicht ermitteln. Man ist der Ansicht, daß die Fabrikation des falschen Geldes erst begonnen sollte und die Entdeckung der Werkstätte noch rechtzeitig gelungen ist.

Inzwischen Leipziger Personen daran beteiligt sind, muß erst die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Der Chemnitzer Kreishauptmann Löffel tritt am 1. November auf Gundschuhfesten in den Ruhestand. Er kam vor elf Jahren als Nachfolger des nach Leipzig berufenen Kreishauptmanns von Burgdorf nach Chemnitz.

Der Zittauer Amtschauptmann bleibt. Die Nachradschule der Staatsanwaltschaft teilt mit: Die in der Presse verbreiteten Gerüchte über eine anglo-amerikanische Neubesetzung des Postens des Amtschauptmanns von Zittau sind unbegründet. Der Amtschauptmann Dr. Richter wird gar nicht von Zittau verzeigt. Alles sind schon deswegen alle Kombinationen über seine mögliche Nachfolge hinfällig.

Das Hilfswerk für Oppau: Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben im preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Zur Unterstützung der Opfer des Oppauer Unglücks werden 8 Millionen Mark bereitgestellt. Das Staatsministerium wird ermächtigt, in Verbindung mit der Reichsregierung und den bayerischen Landesregierung die Verteilung dieser Summe vorzunehmen und erlaubt dem Landtag über deren Verwendung Bericht zu erfragen.

Städtebau und Wohnungspolitik: Der Ausschuß des Deutschen Städtebaus für Siedlung, Grundstück- und Wohnungswesen ist zu einer wichtigen Sitzung am Freitag, 14. Oktober, nach Halle einzuberufen. Auf der Tagessitzung steht der Entwurf des Reichsmietengesetzes, das Baukostenzuschüssen weisen, die Frage der Steuervergünstigung für neue Wohnungen und die Vergleichsfeststellung des Wohnungsbewerbs.

Großfeuer in Berlin-Reinickendorf: Ein Großfeuer brach Dienstag nachmittag in Reinickendorf in der Berliner Straße Nr. 102, Ecke Augusto-Viktoria-Allee, aus. Dort war der Dachstuhl des Derggebäudes, in dem große Holz- und Kohlentorettate aufgeschichtet lagen, in Brand geraten. Die Reinickendorfer Ortswehr wie auch die Freiwilligen Wehren von Wittenau, Tegel-Dorf, Hermendorf und Wilmersdorf waren beobachtet. Die Löscharbeiten gehörten sich äußerst schwierig, da die brennenden Holz- und Kohlenvorräte riesige Qualmwolken herorrieten. Eine mechanische Rettungsleitung, die man zur Löschung zum Gebäude hingebracht hatte, brach plötzlich zusammen und der Feuerwehrmann Haberland, der sich gerade auf der Leiter befand, stürzte herab und wurde in so schwer verletzt zu Judentum nach dem Krankenhaus gebracht, daß er in wenigen Minuten nach der Entfernung an den Folgen seiner Verletzung starb. Ein anderer Feuerwehrmann trug durch abstürzende Balken ebenfalls erhebliche Verletzungen davon.

Dresden: In Dresden brachte ein älterer Handwerker in seiner Wohnung Treibkörper, vermutlich Militärmunition zur Entladung, um sich so das Leben zu nehmen. Die Explosion verletzte ihn am Gesicht und an den Händen und richtete erheblichen Schaden in der Wohnung sowie in dem Gebäude an. Die Feuerwehr mußte eingreifen, um den durch die Explosion entstandenen Brand zu löschen.

Wurzen: Die Chefraum des Kantors Hänchen in Altenbach hat einen qualvollen Tod erlitten. Sie wollte auf dem Spiritus-Denkmal einen Kaffee zubereiten. Dabei explodierte der Spiritusbehälter und die Feuerwehr musste Brandwunden, daß sie daraus starb.

Waldheim: Vor einigen Tagen hat sich ein junger Mann in dem Augenblick, als ein Schnellzug des Döbelner Bahnhof durchfuhr, von dem 45 Meter hohen Viadukt abgestürzt. Die Rettenden des Jungen waren zum Teil Zeugen des Absturzes. Der junge Mann fand schwere Verletzungen davon, denen er bald erlag.

Plauen-Lößnitz: In unseren Gemeinden wird ab 1. Januar 1922 die kostlose Totenbestattung eingeführt. Es soll eine Beerdigungsteuer eingeführt werden.

* * * * *

Plauen-Lößnitz: Selbstmord durch Vergiftung mit Leuchtgas verübt der Inhaber der kleinen Weinhandlung "Zum Rheingold" Mothes. Er wurde im Schlafstuhl ihres Wohnzimmers tot aufgefunden.

Falkenstein i. W.: Beim Ausweichen vor einem über den Weg laufenden Hund stürzte auf der abschüssigen Gründauer Straße der 24-jährige Weber Richard Bank aus Reudern so ungünstig mit dem Rad, daß er bald darauf verstarb.

Wansleben: Der unzurechnungsfähige, aber ungefährliche Anton Boncak kam nur mit der Hose bekleidet, in die Wohnung des Schuhmachers Wanetschek, warf 100 Kronen auf den Tisch, ergab ein Schwammmesser und drang auf Wanetschek mit dem Auto ein, er mäßte jemanden erschossen. Wanetschek wurde mehrfach verletzt, konnte aber fliehen. Im Hof des Nachbarhauses verwundete Boncak zwei andere Männer. Erst zwei Arbeitern gelang es, den Rastenden zu bändigen.

Sport und Turnwesen

Amateurboxkämpfe des 5. C. Marathon

Vor einem gut besuchten Hause fanden gestern abend im großen Saal des Hotels Deutsches Haus in Lindenau die Amateurboxkämpfe des Sportklubs Marathon statt. Die Veranstaltung nahm einen interessanten Verlauf und ließ die erschienenen Sportinteressenten auf ihre Kosten kommen. Im großen ganzen enthielt das Programm Begegnungen jüngerer Boxer, die denn auch in ihrem Alter recht merklich Kopfarbeit und Technik vermissen ließen. Eine Ausnahme bildeten lediglich Schmid, Ahlendorf und Wiehner. Auch hatte man von diesem und seinem Kämpfer eine bessere Taktik sowohl in Angriff als auch in der Verteidigung und ausgeprägte Beinarbeit erwartet.

Über die einzelnen Kämpfe wäre kurz folgendes zu sagen: Die Begegnung von Ahlendorf (Atlas-Leipzig) 108 Pfund und Böhmer (Heros-Chemnitz) 99 Pfund sah den Leipziger bereits in der zweiten Runde durch knappe Siegreihe. Ahlendorf führte den Kampf von Anfang an und legte den Gegner in die Ecke. Auch hatte man von diesem und seinem Kämpfer eine bessere Taktik sowohl in Angriff als auch in der Verteidigung und ausgeprägte Beinarbeit erwartet.

Als nächstes Paar betraten die Allegengewichtheister Wolf Hofmann (Heros-Chemnitz) 100 Pfund und Kathner (Moritzburg-Leipzig) 96 Pfund den Ring. Die erste Runde fiel knapp an Kathner, der dem harten Hofmann nicht viel anhaben konnte, aber infolge großer Schnelligkeit seinen Gegner des öfteren verblästte. Die zweite Runde sah Hofmann im Vorteil. Der Chemnitzer drehte im weiteren Verlauf des Kampfes mächtig auf und schlug den Marathoner mehrfach an und wurde schließlich wegen Tiefschlag verwarn. Gegen Ende der Runde erhöhte Kathner, der sehr fertig kämpfte, einen Rückenschlag. Hofmann wurde deswegen disqualifiziert.

Der dritte Kampf sah Beyer (Heros-Chemnitz) 122 Pfund und Börsig (Atlas-Leipzig) als Gegner. Nach drei, gegen Ende recht wild durchgekämpften Runden, in denen beide Kämpfer nicht viel von Punktspiel zeigen, wobei aber allerhand recht zweifelhafte Schwierigkeiten eingespielt ließen, wurde Beyer als Sieger nach Punktwertung erklärt.

In folgenden Treffen lieferten sich die Jugendlichen Grammathe und Börner einen etwas zähnen Kampf um die Bandengewichtheitsmeisterschaft des SC Marathon. Nach einer Runde hatte Börner den Kampf knapp nach Punkten gewonnen. Beide Kämpfer müssen noch manches lernen.

Ein weitaus lächterliches Treffen lieferten sich um die Jugendmeisterschaft im Leichtgewicht Wiehner und Liefke beide 122 Pfund. Wiehner ging als überlegener Sieger aus dem Treffen hervor, wobei noch zu erwähnen wäre, daß der Sieger nur rechts wirkungsvoll arbeiten konnte, da er seine linke Hand verstaucht hatte.

Im letzten Kampf stand Schmid (Marathon) 128 Pfund den anfangs hart und schnell arbeitenden Ahlendorf (Atlas-Eilenburg) durch geschickte Deckung sicher in Schach und drehte dann seinerseits tüchtig auf, was zu einem schnellen Sieg des jungen Boxers führte. Ahlendorf wurde knapp in der ersten Runde durch Knockout zu entledigen.

Der Schluskampf bot alles andere, bloß keinen Boxsport. Einen oft und prügelhaft auskriechenden Kampf führten da Schmid (Atlas-Leipzig) 97 Pfund und Wiczorek (Marathon-Leipzig) 103 Pfund vor. Nach drei Runden wurde Schmidler nach Punktwertung der Sieg zugesprochen.

Internationale Fliegerrennen in Zürich

Prägeln zwischen Moeskops und Verri

Bei den Rennen in Zürich stand die Begegnung der Meisterfahrer Kaufmann und Moeskops abermals im Vordergrunde des Interesses. Auf dem Treffen nahmen außerdem noch der Deutsche O. Meyer und der Italiener Verri teil. Von den fünf Läufern gewannen der Holländer und Kaufmann je zwei und Verri einen. Moeskops blieb jedoch im Gesamtergebnis mit 6 Punkten Sieger vor Kaufmann 8, Verri 8 und O. Meyer 12 Punkten.

Durch unsaute Fahrweise hat sich Moeskops die Sympathien der Zürcher Radsportfreunde gründlich verdorben. Nachdem er schon im vierten Lauf Kaufmann behindert hatte, drängte er im fünften Lauf Verri auf den Rosen. Als der Holländer seine Ehrenrunde fuhr warf Verri in der Aufregung ein Fahrrad nach ihm. Die beiden gerieten dann hart aufeinander und konnten nur mit Gewalt von Tätilichkeiten zurückgehalten werden. Echtheile Geldstrafen erlitten beide seitens der Sportkommission waren die Folgen dieses Intermezzos. Den Großen Preis für Dauerfahrer gewann Paul Suter vor Ganay, Snoek und Verri.

Kleine Sportnachrichten

Heidelberg: Augenärztler in Holland. Die Universitätsmannschaften von Heidelberg und Amsterdam standen sich in Amsterdam im Augenärztler gegenüber. Die Heidelberger Studenten unterlagen mit 0:17.

Deutsch-französische Boxkämpfe: Die französischen Boxer, die morgen in Berlin mit einigen unserer besten zusammen treten, sind gestern in Berlin angelangt. An Stelle von Auvillier, der infolge militärischer Schwierigkeiten nicht ablecken konnte, ist der Südburgund Weyer eingetroffen, der Breslau noch stärkeren Widerstand entgegenbrachte dürfte, da er u. a. Auvillier bereits dreimal schlagen konnte. Weyer's Gegner Verri befindet sich in bester Verfassung.

Ein 10-Kilometer-Weltkampf: Belgien-Spanien, der im Bisbas von 25 000 Zuschauern ents

Handels-Zeitung des Leipziger Tageblattes

Mittwoch, den 12. Oktober

1921.

Nr. 500.

Valuta-Politik

Die Rolle der mitteleuropäischen und insbesondere deutschen Valutaentwertung als Mitzuhilfner an der Weltwirtschaftskrise, der Zusammenhang zwischen dem Sinken der deutschen Mark und dem Aufstieg der Arbeitslosenziffern in den valutastarken Ländern ist nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland erkannt worden. Die finanzpolitischen Gutachten Vandervliet, die letzte Rede Churchills, die in Aussicht genommene Einberufung einer Valutakonferenz nach London sind hierfür äußerlich sichtbare Zeichen. Um der trotzdem noch immer vorherrschenden imperialistischen Phraseologie der sogenannten Siegerstaaten zugunsten wirtschaftlicher Vernunft entgegenwirken zu können, erwähnt der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Publizistik die besondere Aufgabe, in klarer und sachlicher Beweisführung den Nachweis dafür zu erbringen, daß der uns belastende Teil der internationalen Krise nicht von uns allein lösbares Problem darstellt, daß es sich hier um eine ausschließlich internationale Aufgabe handelt. Gelingt diese Beweisführung, gelingt es, ihr Resonanz auch in den fremden Ländern zu schaffen, so werden wir damit die Kräfte auslösen und zu erfolgreichem Wirken in Bewegung setzen, die mit uns zusammen auf dem Weg internationaler Verständigung die Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Ordnung durchführen wollen und können.

Stellt man einem Lande die Aufgabe, für die Stabilisierung seiner Wechselkurse zu wirken, so löst dies sofort die Vorfrage aus, auf welchen Voraussetzungen sich die Beherrschung der Wechselkurse aufbaut. Wir haben bei uns in Deutschland hierbei von unserer weltwirtschaftlichen Stellung in der Vorkriegszeit auszugehen: Aktivität der volkswirtschaftlichen Bilanz, aufgebaut auf einer das Mehr der Einführung gegenüber der Ausfuhr an Gütern ausgleichenden und übersteigenden Aktivität der Zahlungs- und Forderungsbilanz. In diese Situation haben mit machtpolitischer Willkür und Unvernunft der Krieg, der Versailler Vertrag und dessen spätere Abkommen eingegriffen: Vergrößerung der Passivität der Handelsbilanz infolge der Gebietsverluste im Osten und Westen, Umwandlung der Aktivität der Zahlungs- und Forderungsbilanz in starke Passiven. Da die deutschen Auslandsgüter zerstört sind, hat fremdländische Kapitalanlage in Deutschland zugenommen; da die Handelsflotte fehlt, muß fremdländischer Schiffstrauum für den Transport deutscher Importe und Exporte geschafft werden. In der Vorkriegszeit bestand für Deutschland leicht die Möglichkeit, eine Stabilität der Markbewertung zu sichern. Der Verkehr mit internationalen Zahlungsmitteln war so ausgeglichen, daß sprunghaft sich erhöhende Nachfrage nach fremdländischen Devisen oder anderes plötzlich einsetzendes starkes Angebot derselben keine tiefwirkende Preisänderung herbeiführen konnte, die rein spekulativen Kräfte also dem Devisenmarkt festgehalten würden.

Jetzt das völlige Gegenteil! Unsicherheit der Import- und Exportverhältnisse, dauerndes Schwanken der wirtschaftlichen Produktionsvoraussetzungen. Eingreifender unverantwortlicher politischer Polemik in einer Maßlosigkeit, daß nach außen hin der Anschein erweckt wird, daß diese Kräfte das staatliche Gefüge zu zerstören vermögen, vor allem dauernd das Angebot übersteigende Nachfrage nach fremdländischen Devisen, kurz, eine Überflutung mit Merkmalen der Unsicherheit, die die Spekulation in aller Welt herausfordert und die bei uns in Deutschland Handel und Industrie als dauernd zum Kauf Gerwigungen in die Gefolgschaft wilderer Börsenbewegungen zwingen. Nur skizzierend kann hier angedeutet werden, welche Wege sich dieser Lage gegenüber aus internationaler Wirtschaftsnötwendigkeit ergeben: Wiederherstellung der Grundlage der deutschen Volkswirtschaft durch Wiederaufrichtung der Voraussetzungen für Aktivposten seiner Zahlungs- und Forderungsbilanz, d. h. durchgreifende Revision der wirtschaftlichen Teile des Friedensvertrages und des späteren wirtschaftlichen Abkommen und Zwangsdiktate. Für Deutschland ist die Frage entscheidend: Können wir bis zur erforderlichen internationalen Einsicht die noch vorhandenen Grundlagen volkswirtschaftlicher Leistung erhalten? Um diese Aufgabe der inneren Wirtschaftspolitik handelt es sich in der nächsten Zeit. Daneben steht die Notwendigkeit, unsere Außenpolitik auf die baldigste praktische Durchsetzung der Vernunft im internationalen Wirtschaftsleben einzustellen.

Daneben zeigt aber nun auch eine Übersicht über die restlose Auflösung des internationalen Finanzmarktes, daß zu den notwendigen internationalen Verständigungen auf rein wirtschaftlichem Gebiet auch noch internationale Abmachungen über eine Wiederherstellung der Weltfinanzen treten müssen. Wenn man die heutige Bewertung der Mark den fremdländischen Währungen gegenüberstellt, die in der Vorkriegszeit ihr gegenüber in einem völlig gleichen Bewertungsverhältnis standen, so ergibt sich folgende Tabelle:

	Kurs vom 11.10.
100 belgische Franken	81,- M.
100 französische Franken	81,-
100 spanische Pesetas	81,-
100 italienische Lire	81,-
100 Schweizer Franken	81,-
100 finnische Mark	81,-

Diese Zahlen weisen deutlich darauf hin, daß selbst bei einer Ausgleichung der deutschen volkswirtschaftlichen Bilanz man doch immer noch für unsere normale Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft und in den internationalen Finanzmarkt die Frage zu entscheiden hat, an welches Paritätsverhältnis die Stabilisierung der Wechselkurse angelehnt werden soll, wie nun bei einer Kürzung der Währungsfragen Deutschland gegenüber die verhobenen währungspolitischen Verhältnisse zwischen den anderen Ländern mit ihren Rückwirkungen auf Deutschland geordnet werden können. Es ist eine Unmöglichkeit für uns, etwa von uns aus nach dieser Richtung hin selbstständig wirken zu wollen. Man darf sogar sagen, daß alle Opfer vergeben wären, die währungspolitische Maßnahmen vielleicht von uns allein fordern wollten. Es handelt sich hier um ein so eng mit den weltwirtschaftlichen Verhältnissen verknüpftes Problem, daß immer wieder betont werden muß, daß seine Lösung und damit die Schaffung der Voraussetzungen für eine tatsächliche Wiedergesundung der Welt nach der ungeheuren Kriegskatastrophe nur durch internationale Verständigung, nur durch aufrichtiges, gemeinschaftliches internationales Wollen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit hergeführt werden kann.

* Rumänische Petroleumproduktion. Da die Erzeugung und Lieferung der elektrischen Kraft in Rumänien nunmehr annähernd wieder ihre normale Höhe erreicht hat, hat auch die Petroleumerzeugung zunommen. In nächsteren sind die Produktionsziffern der bedeutendsten rumänischen Petroleumfelder für den Monat August in Tonnen angegeben, in Klammern für Juli:

Stena Romana	22 846 (18 863)	Creditul Minier	5 615 (2 177)
Romania Americana	23 187 (20 449)	Colorita	2 007 (1 738)
Astra Romana	27 013 (22 234)	Victoria	252 (104)

Concordia 5 620 (2 258) Bordeni 56 (19)

Die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in der rumänischen Petroleumraffinerie verarbeitete Petroleummenge beträgt 612 899 t, gegenüber 610 442 t für denselben Zeitraum des Vorjahrs; also eine Zunahme um 14 Prozent. Die gesamte rumänische Petroleumproduktion belief sich im ersten Halbjahr 1921 auf 550 463 t, gegen 454 469 t im ersten Halbjahr 1920; der Verbrauch in Rumänien selbst auf 324 725 bzw. 254 661 t für diesen Zeitraum. An raffiniertem Öl endlich wurden in den ersten sechs Monaten 1921 500 821 t erzeugt, gegen 441 415 t in demselben Zeitraum 1920.

Die neuen Röhrenpreise. Nach der gemeldeten Preiserhöhung stellen sich die Aufschläge laut Beschuß der letzten Mitgliederversammlung wie folgt:

Biederöhren:

25 - 51 mm Durchmesser	610	Proz. gegen bisher	491	Proz.
54 - 76	625		502	
88 - 114	610		491	
121 - 152	500		401	
150 - 178	440		348	
191 - 254	345		256	
267 - 318	300		219	

Geschweißte Gasröhren (schwarz):

1/2 - 3/4 Zoll Durchmesser	585	Proz. gegen bisher	426	Proz.
1/2 - 1	515		412	
1 1/2 - 2	515		412	
2 1/4 - 4	485		399	

Geschweißte Gasröhren (verzinkt):

1/2 - 3/4 Zoll Durchmesser	1000	Proz. gegen bisher	736	Proz.
1/2 - 1	950		689	
1 1/2 - 2	865		642	
2 1/4 - 4	700		539	

Nahlose Gasröhren (schwarz):

1/2 - 3/4 Zoll Durchmesser	600	Proz. gegen bisher	443	Proz.
1/2 - 1	575		432	
1 1/2 - 2	555		428	
2 1/4 - 4	520		416	

Nahlose Gasröhren (verzinkt):

1/2 - 3/4 Zoll Durchmesser	1065	Proz. gegen bisher	753	Proz.
1/2 - 1	1000		702	
1 1/2 - 2	980		698	
2 1/4 - 4	870		646	

Die Preise gelten mit Wirkung ab 8. Oktober 1921 für unbekannte Zeit. Der Aufpreis für Dampfrohre beträgt 105 Proz. gegen bisher 96 Proz.

*

ap Aus der deutschen Drahtindustrie. Die für den 13. und 14. Oktober in Aussicht genommenen Versammlungen sind auf den 19. und 20. Oktober verschoben worden. Am 19. d. M. findet die Liquidationsversammlung des alten Walzdrahtverbandes statt, wobei gegen am 20. d. M. die angekündigte Gründung des Wirtschaftsverbandes des deutschen Drahtgewerbes erfolgen soll.

bu Der Verein deutscher Nietenfabrikanten eine bloß wirtschaftliche Vereinigung. Der Verein deutscher Nietenfabrikanten, der schon seit längerer Zeit nur noch ein Scheidasein führt, soll der Rheinisch-Westfälischen Rüstung zufolge, nunmehr spätestens am 1. Januar 1922 in eine bloße wirtschaftliche Vereinigung übergeführt werden. Im allgemeinen werden Handelsmänner mit einem Aufschlag von 800 bis 850 Proz. auf die Liste preise gehandelt.

ap Vereinigte Eisenhütten und Maschinen-Bau-A.-G. in Barmen. Eine zum 19. November einberufene G.V. soll über Erhöhung des Aktienkapitals von 3,7 auf 14 Mill. M. beschluß fassen. Die aktionäre erhalten ein Bezugsrecht von 1:1 zu 150 Prozent. Die übrigbleibenden Aktien dienen zum Erwerb des gesamten Aktienkapitals des Eisen- und Stahlwerks Krone, A.-G., in Velbert. Die neuen Aktien dienen zur Erweiterung und Stärkung der Betriebsmittel.

ch Preuse & Co., A.-G., in Leipzig. Die n. o. G.V. genehmigte die Kapitalerhöhung von 2,5 auf 4,5 Mill. M. durch Ausgabe von 2000 mit einer Vorrangsdividende von 7 Proz. und einem Stimmrecht ausgestatteter Vorsitzaktien, bei denen das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist. Die ab 1. Oktober 1921 dividendenberechtigten neuen Aktien werden der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt zum Parikurs übergeben. Nach einer späteren, durch die G.V. zu beschließenden Umwandlung dieser Vorsitz in Stammaktien können sie den Aktionären zum Bezug angeboten werden. Begründet wurde die Kapitalerhöhung mit einer Ueberfremdungsgefahr. Nach Genehmigung der vorgenannten Satzungsänderungen fand die Wahl des Konzils der Lügare (Leipzig) in den Aufsichtsrat statt.

* Flexilis-Werke, A.-G., in Berlin-Wittenau. Aus einem Rohrüberfluß von 297 515 (L. V. 275 756) M. verbleibt ein Reinvergniss von 81 334 (80 633) M. aus dem wieder 4 Proz. Dividende verteilt werden.

* Fahrzeugfabrik Eisenach. Die G.V. genehmigte die Kapitalerhöhung um 2,5 auf 4 Mill. M. Die Kapitalerhöhung dient zur Verstärkung der Betriebsmittel sowie zur Deckung der Unkosten, die durch die Verlegung der Betriebsstelle entstanden sind.

* Sächsische Webstuhlfabrik Schönert, A.-G., in Chemnitz. Wie aus Dresden verlautet, steht bei diesem Unternehmen eine Kapitalerhöhung bevor.

*

* Mirosa, Mitteldeutsche Schlafwagen- und Speisewagen-A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft verzehnkt in 1920 Betriebseinnahmen mit 63 704 197 (L. V. 14 453 866) M. Betriebsausgaben erforderten 55 885 661 (11 955 792) M. Abschreibungen 1 483 080 (1 082 815) M. Aus einem Roingewinn von 1 900 391 (796 348) M. wurden bekanntlich 8 (5) Proz. Dividende verteilt und 92 613 (58 181) M. vorgehalten. Das erste Halbjahr sei ungünstig gewesen. Die Möglichkeit, 8 Proz. Dividende zu verteilen, sei lediglich auf das 2. Halbjahr zurückzuführen. Das Geschäft in Ungarn wurde völlig aufgegeben. Auch aus Österreich mußte sich die Gesellschaft zurückziehen, weil dort der Internationale Schlafwagen-Gesellschaft vertraglich das Friedensvertrags gelang, die Wiederauferkennung ihrer früheren Konzession zu erwirken. Die weitere Entwicklung des Gesellschaftsvertrags günstig zu werden, doch bleibt bei Beurteilung der Zukunftsaussichten in Betracht zu ziehen, daß die nächsten Jahre außerordentlich hohe Aufwendungen für die Wiederinstandsetzung des durch den Krieg stark abgenutzten Wagenparks bringen werden. Die Bilanz verzehnkt 12,79 (5,87) Mill. M. Warenbestände, 2 (0,9) Mill. M. Debitoren, 16,85 (5,88) Mill. M. Kasse und konsolidierte Schatzanweisungen, 1,48 (1,08) Mill. M. Bankgutekunden und 18,7 (8,06) Mill. M. Kreditoren.

* Hugo Stanes, A.-G. für Seeschiffahrt, in Hamburg. Die Gesellschaft hat von der Danziger Reederei Frei von den Dampfern Saint Lawrence River erworben. Der Dampfer ist im Jahre 1915 gebaut worden und hat eine Tragfähigkeit von 12 900 t.

Rositzer Braunkohlen

Japans Außenhandel

Japan hat während der Kriegsjahre seine Handelsbilanz die sonst in der Regel passiv war, aktiv gestalten können und so bedeutende Ausfuhrüberschüsse erreicht, daß dies auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse die starksten Wirkungen hervorrief. Die Wertziffern des japanischen Außenhandels lauten in Millionen Yen:

	Einfuhr	Ausfuhr	+ Ausfuhrübersch.
1913	726	629	- 97
1914	590	585	- 5
1915	521	697	+ 176
1916	756	1127	+ 371
1917	1039	1003	- 567
1918	1668	1602	- 294
1919	2174	2069	- 75
1920	2336	1949	- 387

Die Ausfuhr richtete sich zwar größtenteils nicht nach Europa; allein sie füllte die Lücken, die das Nachlassen der europäischen und zumal der nordamerikanischen Ausfuhr während der Kriegsjahre in anderen Ländern entstehen ließ; beispielsweise in Britisch- und Niederländisch-Indien.

Der größte Teil der japanischen Ausfuhr geht nach Amerika und China, hier hat sie auch die bedeutendsten Fortschritte gemacht; naturgemäß auf europäische Kosten. Der japanische Handel mit China ist bereits ebenso groß wie der englische Chinahandel einschließlich Hongkong. Da jedoch in den Ziffern des letzteren ein Teil des japanischen Handels mit enthalten ist, dürfte dieser erheblich größer sein als der englische Chinahandel.

Den früher deutschen Handel mit Hindernian und Hölzlandisch-Indien suchten die Japaner so an sich zu reißen, daß sie deutsche Waren als Rückfracht auf japanischen Schiffen dorthin führen, weshalb sie ganz besonders neben englischen und amerikanischen deutschen Maschinen (namentlich für Baumwollspinnerei und -weberei) zu kaufen suchen. Die Ausfuhr Japans nach Indien betrug 1918/19 etwa 223 Mill. Yen, d.h. ein Fünftel des gesamten indischen Handels. Japanische Firmen in Indien spielen heute eine große Rolle in der Vermittlung des indischen Handels nach anderen Ländern als Japan. — In Südamerika drang der japanische Handel vor allem auf Kosten Deutschlands, aber auch Englands und Nordamerikas, vor.

So zuverlässig beurteilte man in Japan die eigene Wirtschaftslage, daß sich der Handel über große Vorräte hinlegte. Anfang 1920 lagen in den Häfen Japans an Wolle und Baumwolle ein voller Jahresbedarf, am Ende ein halber Jahresbedarf. Das Gründungsjahr wollte kein Ende nehmen. Inflation und Kriegsgewinne drängten in der gleichen Richtung vorwärts. In 1919 und 1920 bewiesen sich die Anlagen neuen Kapitals auf 11 Milliarden Yen; da der Yen mit den Vereinigten Staaten die stabile Währung darstellt, kann man für diese Summe etwa 25 Milliarden Goldmark einsetzen. Als die Wirtschaftskrisis, schon Ende 1919 spürbar, 1920 mit voller Wucht einsetzte, tat die Regierung alles, was in ihren Kräften stand, um Industrie, Schifffahrt und Schiffbau mit großen Aufträgen und Subventionen zu unterstützen. Schließlich half das aber nichts mehr, weil die Ausfuhr unaufhaltsam zurückging. Im ersten Vierteljahr 1920 hatte sie noch 544 Mill. Yen betragen, ein Jahr später bewies sie sich nur noch auf 244 Mill. Der Rückgang betrug also mehr als die Hälfte. Auch Japan vermögt ohne blühende Weltwirtschaft nicht auszukommen.

* Dresdner Chromo- und Kunstdruck-Papierfabrik Krause & Baumann, A.-G., in Heidenau. Zu der bereits gemeldeten Kapitalerhöhung um 8 auf 18 Mill. M. sei noch mitgeteilt, daß die nicht zum Bezug angebotenen 3 Mill. M. nicht unter einem Kurs von 150 Proz. an einer Bank darum begeben werden, daß diese neuen Aktien unter wesentlicher Gewinnbeteiligung der Gesellschaft verwertet werden.

* Amerikanische Aufträge für die deutsche Textilindustrie. Die Erwartung, daß Amerika mit Rücksicht auf das Inkrafttreten des neuen Zolltarifes mit seinen Aufträgen in Textilwaren eine gewisse Pause eintreten lassen würde, hat sich nicht erfüllt. Speziell in Wirkwesen sind, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, in der abgelaufenen Woche wieder außerordentlich zahlreiche neue amerikanische Order, deren Lieferung teilweise erst im ersten Quartal des nächsten Jahres erfolgen soll, erteilt worden.

* Die Konjunktur in der englischen Textilindustrie. In Bradford haben die Webereien und Spinnereien so große Aufträge vom Festlande, besonders auch von Deutschland erhalten, daß verschiedene Fabriken sich genötigt sahen, Überstunden einzulegen. Die Arbeiterunion jedoch hat verboten, daß in einzelnen Spinnereien und Webereien Überstunden gemacht werden, während ein großer Teil der Arbeiter aus derselben Industrie noch immer feiern muß. Die Arbeiterunion schlägt vor, daß die überlasteten Firmen einen Teil ihrer Aufträge anderen Firmen zukommen lassen und daß nur in den Kammereien Überstunden ausgeführt werden sollen.

* Aktiengesellschaft der Hamburger Hafenausbau. Zu der vorgeschlagenen Verdreifachung des Aktienkapitals hören wir, daß das Bezugsrecht der Aktionsäre bei Begebung der neuen 14 Mill. M. Aktien nicht ausgeschlossen sei. Die neuen Aktien werden von einem Bankenkonsortium zu 190 Proz. übernommen mit der Verpflichtung, sie den Aktionsären zu 200 Proz. darätig anzubieten, daß auf eine alte zwei jungs.

* Württembergische Gattungsmanufaktur in Heidenheim a. d. Brenz. Aus einem Reingewinn von 1.065.480 (I. V. 872.009) Mark sollen 21 (I. V. 8) Proz. Dividende verteilt werden. 875.000 (864.190) M. werden für Wohlfahrtszwecke, 1.85 (0) Mill. M. für ein Werkerhaltungskonto verwendet. In der Bilanz erscheinen Kredite von 18.39 (14.51) Mill. M. und Debiteure mit 11.00 (8.41) Mill. Mark. Vorräte werden mit 11.96 (11.06) Mill. M. angegeben.

* Wiener Insolvenz. Die Wiener Textilwarenfirma Ignaz Hacker strebt mit 120 Millionen Passiven einen außergerichtlichen Ausgleich an.

* Celler Lederwerke vorm. Frits Wehl & Sohn, A.-G., in Celle. Die G.-V. genehmigte die Kapitalerhöhung um 2 auf 4 Mill. Mark. Zuschätz werden 1 Mill. M. im Verhältnis von einer neuen auf zwei alte Aktien zu 115 Proz. ausgegeben werden.

* A.-G. für Seilindustrie in Mannheim-Neckarau. Die Gesellschaft erzielte in 1920/21 einen Rohgewinn von 4.028.770 (I. V. 3.505.708) M. Nach 107.471 (110.465) M. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 790.516 (558.355) M., woraus 10 (7) Proz. Dividende verteilt und 142.957 (102.528) M. vorgetragen werden sollen. Die Rohmaterialbeschaffung hat sich im Berichtsjahr gebessert, doch erforderte der Ankauf große Kapitalien. Die allgemeine Absatzstockezung machte sich auch bei der Gesellschaft geltend. Gegen Ende des Geschäftsjahrs setzte aber, wie allgemein, eine lebhafte Kauflust ein, die sich in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahrs weiter steigerte. Die Betriebszweige sind daher gut beschäftigt. Die Bilanz verzeichnet Waren mit 16.29 (12.17) Mill. M., Debiteure einschl. Bankguthaben 11.32 (14.38) Mill. M. und Kredite von 16.5 (9.26) Mill. M. Wegen der Geldentwertung wird eine Kapitalerhöhung beantragt.

* Export-A.-G. in Berlin. Die G.-V. setzte die Dividende mit 15 (I. V. 12) Proz. fest. Der Reingewinn beträgt 824.798 (I. V. 563.410) M. Die Organisation wurde, wie die Verwaltung mitteilte, ausgedehnt und befestigt. Ferner wurde beschlossen, in Anbetracht der Geldentwertung das Kapital zu verzehnfachen. Die

neu ausgegebenen 2.7 Mill. M. werden den bisherigen Aktionären zu pari bei zunächst 50 proz. Einzahlung zum Bezug angeboten. Das Geschäftsjahr wurde auf die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni verlegt.

* Guaranty Trust Company of New York. Das Direktorium der Gesellschaft hat folgende Veränderungen erfahren: Herr W. C. Potter wurde als Nachfolger des zum Vorsitzenden des Direktoriums ernannte Herrn Sabin zum Präsidenten gewählt. Zwei Mitglieder des Bankhauses J. P. Morgan & Co., die Herren Edward R. Stettinius und George Whitney, sind neu in das Direktorium eingetreten.

* Österreichisch-Ungarische Bank. Am 30. September ist der Banknotenumlauf in Österreich um 5.9 Milliarden Kronen gestiegen. Diese Zunahme ist, wie die Verwaltung der Bank mitteilt, teilweise durch lebhafte kommerzielle Ansprüche, zum großen Teile aber durch die Einlieferung von Staatschattenscheinen hervorgerufen worden. Ein geringerer Betrag wurde zur Deckung der Getreide- und Lebensmittelversorgung verrechnet.

* Deutsch-Asiatische Bank. Der Reichsminister des Auswärtigen hat die Bank auf neue von der Erstattung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Geschäftsbericht auf die Dauer von 6 Monaten befreit.

* Berlin-Hamburger Land- und Wasser-Transport-Versicherungs-A.-G. Die Gesellschaft bleibt für 1920 dividendenlos (I. V. 50 M.). Der Prämien- und Schadensreserve werden 6.974.862 (I. V. 2.020.000) M. zugefügt. Eine Begründung für diese hohe Dotierung wird nicht gegeben.

* am Wasserwerks-, Kakao- und Schokoladenfabrik in Bremen. Die a. o. G.-V. beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 2 Mill. M. ab 1. Juli 1921 dividendenberechtigter Stammmakten, die den Aktionären im Verhältnis von einer neuen auf zwei alte Aktien zu 150 Proz. überlassen werden. Ferner wurde die Ausgabe von 3000 auf den Inhaber lautenden Genusscheine zu je 1000 M. beschlossen. Diese ab 1. Juli 1921 anteilberechtigten Genusscheine sollen ebenfalls im Verhältnis von einem Genusschein auf zwei alte Aktien zu 100 Proz. bezogen werden und sind ab 1. Juli 1923 zurückzuhalten. Zur Begründung der Kapitalerhöhung führt die Vorstand aus: Da die Gesellschaft erzielte derartige Umsätze, daß ein Ausbau der Fabrikräume vorgenommen worden sei. Es sei gelungen, die nötigen Maschinen dafür rechtzeitig zu beschaffen; für diese erhöhte Produktionssteigerung sei weiteres Kapital nötig. Hinzu kommt die Entwicklung der Papiermasse.

* Aktiengesellschaft Ellerstadt in Ellerstadt bei Halberstadt. Die Gesellschaft hat ihr Kapital auf 1,2 Mill. M. verdoppelt.

* Zunahme der Anbaufläche in 1921. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes weist die gesamte Anbaufläche gegen das Vorjahr eine Zunahme von 140.000 ha auf.

* * *

* Neue Aktiengesellschaft. Mit 7 Mill. M. Kapital wurde die Berliner Holzverwertungs-Gesellschaft Busold & Schwarzelühr gegründet, die in Thüringen große Sägewerke errichten will. So soll bei Langenbielen ein Sägewerk mit zehn Galtern errichtet werden. Hauptbetätigungen an der neuen Aktiengesellschaft sind Holzkämmern und Holzgroßhändler. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Hofkammerrat Dr. Ebersbach und ein holländischer Bankdirektor. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. ferner an der bekannten Grubenholz-Großhändler Heinrich Zekmann in Thalhausen und der Herzog Ernst Adolf zu Mecklenburg-Doberau.

* Wohlmut & Co., A.-G., Fabriken elektro-galvanischer Apparate, in Fürtwangen (badischer Schwarzwald). Das am 30. Juni d. J. abgelaufene Geschäftsjahr der seit 1. Juli 1920 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Firma hat die bei der Gründung der Aktiengesellschaft gehegten Erwartungen auf eine günstige Weiterentwicklung des Unternehmens erfüllt. Der vorher geschehene Umsatz konnte trotz mancher Schwierigkeiten restlos erreicht werden. Er wurde hauptsächlich im Inlande erzielt. In der G.-V. wurde beschlossen, das Aktienkapital von 2,5 auf 4 Millionen von 500.000 M. zu. Zur Verteilung gelangt eine Dividende von 15 Proz. Im neuen Geschäftsjahr ist eine wesentliche Steigerung des Umsatzes durch Auslandverkäufe eingetreten, so daß die Aussichten für das zweite Geschäftsjahr als günstig bezeichnet werden.

* Rieke-Werk, A.-G., in Berlin-Weißensee. Diese Gesellschaft gehört bekanntlich zu dem Konzern Richard Kahn und hat un längst mit den Deutschen Niles-Werken eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Sie verteilt im ersten Geschäftsjahr (1920) bei einem Fabrikationsüberschuß von 1.013.158 M. und einem Reingewinn von 73.347 M. eine Dividende von 10 Proz. auf 0,8 Mill. M. Kapital.

* * *

* Grob-Hamburg und der Hamburger Hafenausbau. Auf eine beschleunigte Lösung der Grob-Hamburg-Frage im Interesse des Hamburger Hafens weist die Zeitschrift „Groß-Hamburg“ erneut hin, indem sie geltend macht: Im August wurde im Hamburger Hafen ein Schiffverkehr von 955.220 Netto-Reg-Tonnen und im September sogar von 1.017.738 t bewilligt, das bedeutet gegen einen Verkehr von 1.163.553 t im August 1919 einen Prozentanteil von 1.246.556 t im September 1919 einen Prozentanteil von 80 Proz. Wenn man bei der Beurteilung dieses Zahlen berücksichtigt, daß diese Belastung des Hamburger Hafens durch den gegenwärtigen Schiffsverkehr im wesentlichen eine Belastung seiner Kaianlagen darstellt, und daß die zurzeit importierten Artikel seiner Kaianlagen sind, die im Strom entlaufen werden, so wird es begreiflich erscheinen, daß sich schon gegenwärtig der Dampferverkehr nicht so reibungslos abwickeln kann, wie das im Interesse der Bedeutung und des Rufes des Hamburger Hafens notwendig ist. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß es für die Stellung, die ein Hafen im Weltverkehr einnimmt, von entscheidender Bedeutung ist, ob die Schiffsfertigung in ihm auf Schwierigkeiten steht oder nicht. Der Ruf des Hamburger Hafens darf nicht dadurch geschädigt werden, daß sich die Meinung des Außenlands Hamburgs sei mit größerem Zeitverlust und damit auch mit größeren Unkosten verknüpft, als das eines außerdeutschen Hafens. Wenn wir ferner bedenken, daß die gegenwärtige Belastung unserer Kaianlagen durch Waren, die infolge der Lage des Weltverkehrs länger lagern müssen, als das früher der Fall gewesen ist, gleichfalls sehr stark vermehrt wurde, dann werden wir begreifen, daß keine Zeit zu verlieren ist, wenn der Hamburger Hafen den Ansprüchen genügen soll, die an ihn zurzeit gestellt werden und die sich infolge der Tatsache, daß die deutsche Industrie in viel höherem Maße für Export arbeiten muß als früher, noch wesentlich erhöhen werden. Ein Gesichtspunkt, der bei der Beurteilung dieser Frage gleichfalls nicht übersehen werden darf ist ferner auch die Vergrößerung der Welttonnage, die von etwa 40 Mill. t in den nächsten Jahren auf 60 Mill. t erhöht sein wird. Es gilt aus allen diesen Gesichtspunkten heraus, keine Zeit zu verlieren und so rasch als möglich mit der notwendigen Neuordnung der Verhältnisse zu beginnen.

Zahlungseinrichtungen usw.

A.-G. = Aktiengesellschaft; Akt. = Aktie; m. = million; t = Tonnen; P.-T. = Prüfungstermin; F. = Februar.

1. Dresden, Otto Bergmann, Geschäftsführer der Kapitalverwaltungsgesellschaft m. b. H. 1911 9.11 19.11

2. Dresden, Paulus verw. Heinrich Greifenhainherrnstr. 11 8.11 8.11 19.11

Hugo Schuster: 1. Rechtsanwalt Dr. Staubig, 2. Rechtsanwalt Dr. Klemm.

Alfeld, Leiter: Alexander Bittner, Brauerei

Bielefeld, Frau Jenny Gräfe, Bierbrauerei

Düren, Käthe, Eisenerz-Niessner, Bierbrauerei

Düren, Käthe, Gustav Nienaber, Koch

Festenberg, Fritz, Metzgerei, Kaufmann

Heidelberg, Richard Schröder, Kaufmann in Sachsenhausen

Könitz, O. M., Johannes Adam, Kaufmann in Zehdenick

Köln, Carl Hause, Kaufmann

Köln, Carl Hause, Kaufmann

Ludwigshafen, Rhein, Richard Weil, Bierbrauerei

Prag, Dr. Max, Bierbrauerei, Prag

Prag, Dr. Max, Bierbrauerei, Prag

Rostock, Ernst Siegmund, Württembergische Übersetzung

Rostock, Ernst Siegmund, Württembergische Übersetzung